

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 36 Perspektiven postnationaler Demokratie (2001), S. 40-55

Autor: *Christian Nürnberger*

Artikel

Christian Nürnberger

**Ist ein Mehr vom Guten gut? oder:
Von der Dialektik des Guten**

Was ist das ökonomische Prinzip? Ich glaube, man kann es auf die Formel bringen: Produziere möglichst viel, möglichst schnell und möglichst billig, verteile das Produzierte möglichst weiträumig, möglichst schnell und möglichst kostengünstig und versuche dabei gleichzeitig, mit deinen Produkten der Weltmarktführer zu werden und möglichst hohe Gewinne in die Scheuer zu fahren. Investiere diese Gewinne in Methoden, die es dir erlauben, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele neue Produkte zu entwickeln, die dir einen Wettbewerbsvorteil verschaffen, und versuche erneut, sie möglichst schnell an möglichst viele zu verkaufen.

Und? so werden mich die Ökonomen fragen: Was ist dagegen einzuwenden? Ist doch alles grundvernünftig, oder?

Nichts habe ich dagegen einzuwenden, kann ich darauf antworten. Das alles ist sehr vernünftig, denn überall dort, wo nach diesem ökonomischen Prinzip gedacht, gehandelt und gewirtschaftet wird, stellt sich über kurz oder lang Wohlstand ein. Auch ich bin davon überzeugt, daß der Markt – also die Verwirklichung des ökonomischen Prinzips – das effizienteste Mittel ist, um Wohlstand und auch soziale Sicherheit zu produzieren.

Trotzdem kommt hier jetzt natürlich ein großes Aber, – sonst lohnte es nicht, über Prinzipien im Allgemeinen und das ökonomische Prinzip im Besonderen zu reden. Aber, sage ich: Ich habe zwei Einwände. Erstens haben wir es hier mit einem Prinzip zu tun, das sich nur dann segensreich auswirkt, wenn es innerhalb der ihm eigenen *Grenzen* bleibt. Die „natürliche

Heimat“ des ökonomischen Prinzips ist die Wirtschaft. Dort kann, dort soll es herrschen. Aber den Anhängern dieses Prinzips genügt das nicht mehr, sie reißen die natürlichen Grenzen ein, innerhalb derer dieses Prinzip gewirkt hat, um ihm seine Ausbreitung in sachfremde Bereiche zu ermöglichen. So wird letztlich die ganze Welt diesem Prinzip unterworfen, mit der Folge, daß das, was einmal Deutschland, Europa und unsere Heimat war, auf einen Industriestandort reduziert wird, der mit anderen Standorten im Wettbewerb steht, wodurch sich quasi automatisch bestimmte Sachzwänge ergeben, denen wir uns zu unterwerfen haben, ob uns das gefällt oder nicht. Mein zweiter Einwand lautet: Jedes an und für sich vernünftige Prinzip mündet immer dann in Unvernunft, wenn es *verabsolutiert* und zum alleinseigmachenden Prinzip erhoben wird. Noch einmal anders und einfacher formuliert: Wenn man gemerkt hat, daß etwas gut ist, dann erscheint es vollkommen logisch, zu fordern: „Bitte noch mehr vom Guten“, damit es noch besser wird. Und lasst das Gute bitte auch dort wirken, wo es bisher noch nicht gewirkt hat, zum Beispiel im Bildungssystem, im Fernsehen, im öffentlichen Dienst, in der Politik. Also beispielsweise: Der Markt in der Wirtschaft ist gut. Mehr Markt, auch in anderen Bereichen als der Wirtschaft, muß dann noch besser sein. Noch mehr Markt, möglichst überall, wäre am besten. Oder, um nicht zu schnell Beifall von der falschen Seite zu bekommen: Der Sozialstaat ist gut. Mehr Sozialstaat ist besser. Am besten wäre ein Wohlfahrtsstaat für alle.

Forderungen dieser Art werden meistens erfüllt, denn „mehr vom Guten“ führt tatsächlich oft zum Besseren – aber immer nur eine Zeit lang. Irgendwann gelangt die Entwicklung dann an einen Punkt, an dem sie umschlägt und das Prinzip noch „Mehr vom Guten“ das Schlechtere produziert.

Beim Thema Sozialstaat scheint das Wissen über diesen Zusammenhang – noch mehr vom Guten führt zum Schlechten – inzwischen zum Allgemeinut geworden zu sein. Nicht mehr, sondern „weniger Sozialstaat, überhaupt weniger Staat und dafür mehr Markt“, so lautet heute allerorten die Parole.

*

Meine *These für die Gegenwart* lautet nun: Die Forderung nach mehr Markt und weniger Staat war in der Vergangenheit – in den letzten Tagen der sozialliberalen Koalition unter Helmut Schmidt, also Ende der 70er und An-

fang der 80er Jahre – durchaus berechtigt. Aber seitdem ist im Zeichen der Reagonomics und des Thatcherismus schon sehr viel Staat und Sozialstaat abgebaut und viel Markt geschaffen worden, und inzwischen so viel, daß wir jetzt an jenem Umschlagspunkt angelangt sind, an dem noch mehr Markt und immer noch mehr Markt und immer noch weniger Staat zum Gegenteil des Guten führt. Und ganz besonders schlecht wird's, wenn sich die Schwächen des Staates mit den Schwächen des Marktes verbinden, während gleichzeitig die jeweiligen Stärken von Markt und Staat ausgehebelt werden.

Ich will das an einem aktuellen Beispiel erläutern: Ich bin ein geborener Bauernbub, wir hatten zu Hause vier Kühe, vier bis sechs Schweine und sechs bis acht Hühner. Wir bauten Getreide an, Kartoffeln und Mais, und wir hatten etliche Wiesen und Kirschen, Äpfel, Birnen und Pflaumen.

Das ganze war extrem unwirtschaftlich. Die verschiedenen Wiesen, Äcker und Felder waren zahlreich, aber klein, und lagen räumlich weit auseinander. Man verlor viel Zeit auf den Wegen von einem zum anderen Feld. Das einzige Gerät, das auf allen Feldern einsetzbar war, war der Pflug. Fürs Getreide brauchte man einen Mähdrescher und eine Sä-Maschine, aber damit konnte man im Frühjahr keine Kartoffeln stecken und im Herbst nicht ernten, und Gras mähen ließ sich damit auch nicht. So hatten wir für alles eine eigene Maschine, also einen großen und teuren Gerätepark, mit dem relativ wenig Land bearbeitet wurde, und der im Verlauf eines Jahres größtenteils ungenutzt und unproduktiv herumstand. Es gab ungefähr noch zwei Dutzend weitere Bauernfamilien in dem fränkischen Dorf bei Nürnberg, in dem ich aufgewachsen bin, und bei denen war es ähnlich. Auch wenn manche 25 Kühe und 15 Schweine hatten, waren diese landwirtschaftlichen Klitschen unrentabel.

Deshalb kamen von Zeit zu Zeit kluge, studierte Leute vom bayerischen Landwirtschaftsministerium und vom Bauernverband in die Dörfer und sagten den Bauern: Ihr müßt wirtschaftlicher arbeiten. Ihr müßt euch spezialisieren. Hört auf, Kühe und Schweine und Hühner zu züchten, beschränkt euch entweder auf nur Kühe, nur Schweine oder nur Hühner – davon aber möglichst viel. Und hört auf, querbeet Kraut und Rüben und alles durcheinander anzubauen, sondern entscheidet euch für das eine oder das andere – das aber im großen Stil. Und dann braucht ihr selbstverständlich auch noch eine Flurbereinigung. Tauscht eure vielen und weit verstreuten kleinen

Felder gegenseitig so, daß am Ende jeder von euch nur noch wenige, aber große Felder an einem Ort hat.

Das haben viele Bauern dann gemacht. Statt 25 Kühe hatten sie plötzlich 100, statt 15 Schweine hatten sie 200, und tatsächlich: Es ging diesen Bauern dann besser als vorher. Die anderen, die's nicht gemacht haben, konnten nun endgültig nicht mehr konkurrieren und mußten ihre Höfe aufgeben. Das Prinzip „mehr vom Guten“ – in diesem speziellen Fall: mehr Größe – hatte sich bewährt.

Aber dann, nach ein paar Jahren, herrschte unter den Bauern wieder so etwas wie Gleichstand, die Konkurrenz wurde wieder richtig hart, die Einnahmen sanken, und um dem Einkommensverlust zu entgehen, besannen sich die Bauern auf das, was sie inzwischen gelernt hatten: Groß ist ökonomisch, ökonomisch ist gut; größer ist ökonomischer, ökonomischer ist besser. Also fütterten sie jetzt 500 Kühe statt 100, 1000 Schweine statt 200, und 10.000 Hühner statt 1.000.

Und wieder hat sich das für die Bauern, die's gemacht haben, gerechnet, und wieder mußten die anderen, die nicht wollten oder nicht konnten, ausscheiden. Und so ging das immer weiter, immer weniger Bauern haben immer mehr immer billiger produziert, und der Erfolg zeigt sich darin, daß ein Ei heute noch genau so wenig kostet wie vor 40 Jahren. Mußte ein durchschnittlicher Haushalt in den 50er Jahren noch die Hälfte seines Einkommens für Lebensmittel ausgeben, so sind es heute nur noch zwischen zehn und 15 Prozent. Das ist der Erfolg des ökonomischen Prinzips.

Ein anderer „Erfolg“ dieses ökonomischen Prinzips besteht darin, daß wir jetzt den *Rindervahnsinn* haben. Tiermehl ist unter dem Blickwinkel des ökonomischen Prinzips das beste Tierfutter, das es gibt. Nun müssen die Rinderzüchter schmerzlich erfahren: Das ökonomisch Beste kostet mich meine Existenz. Das ökonomische Prinzip des „größer-schneller-billiger“ mündet in meinen Untergang.

Und der Rinderwahn ist ja beileibe nicht die einzige Nebenwirkung des ökonomischen Prinzips in der Landwirtschaft. Daß ein Ei heute noch immer für 20 Pfennig zu haben ist, ist nur möglich, weil wir die massenhafte Quälerei der Legehühner in ihren Käfigen in kauf nehmen. Daß wir für Fleisch heute weniger Geld ausgeben als vor 40 Jahren, ist nur möglich, weil wir die Quälerei von Rindern und Schweinen in kauf nehmen, die nicht mehr als Tiere gehalten werden, sondern als Maschinen, die in kürzester Zeit und

unter Zuhilfenahme chemischer Cocktails, bewegungslos eingezwängt in finsternen Zellen möglichst große Mengen an Fleisch zu produzieren haben und dann noch möglicherweise zum Schlachten quer durch Europa gekarrt oder sogar nach Übersee verschifft werden.

Die Forderung nach billigen Lebensmitteln führt zur Forderung der Bauern nach billigem Tierfutter. Da liegt es nahe, das Futter aus Tierkadavern herzustellen und es mit altem Maschinenöl, Klärschlamm und Friteusenfett „anzureichern“. Solches Futter produziert dann eben Dioxinhühner, Hormonkälber und BSE-Rinder, und wenn man das verhindern wollte, müßte man jedem Bauern, jedem Tierarzt und jedem Futtermittelhersteller einen Kontrolleur an die Seite stellen.

Als die Bauern ihre Flurbereinigung gemacht hatten, sah die Landschaft plötzlich öde und langweilig aus, weil es als unökonomisch erschien, die vorher vorhandenen ungenutzten Teile der Landschaft nicht zu nutzen. Deshalb verschwanden die kleinen Tümpel, die es überall gab, es verschwanden Hecken, Gebüsch, einzelne Bäume, es verschwand der Feldrain, und es verschwanden Wildkräuter.

Weil die Landwirtschaft zur Industrie mutierte und das von ihr bebaute Land zum Industriegebiet wurde, fliehen die Deutschen, wann immer sie können, in die Toskana, um sich an der Schönheit dieser Landschaft zu freuen und sich dort zu erholen. Dort gab's eben keine Flurbereinigung, dort erfreut sich unser Auge an einer reich gegliederten Kulturlandschaft aus kleinen Feldern, kleinen Weinbergen, Hecken, Büschen, Zypressen, Wacholder, Pinien, Wildkräutern, Wildblumen und kleinen Steingärten. Die Landwirtschaft dort ist sicher sehr unökonomisch, aber die Landschaft ist schön, und die Menschen, die dort leben, sind nicht ganz so wohlhabend wie wir, aber scheinen dennoch besser zu leben als wir.

Weil durch die Flurbereinigung bei uns so viel verschwand, was scheinbar nutzlos in der Landschaft herumstand, verschwand auch der Feldhase und der Frosch, und deshalb sterben die Störche aus und viele andere Vögel und Insekten und viel Kleingetier und mit ihnen jene Nützlinge, welche die Zahl der Schädlinge auf den Feldern begrenzte.

Darum konnten sich Pflanzen-Schädlinge und Unkräuter plötzlich besser fortpflanzen, und darum wurden die Bauern zu guten Kunden der Chemieindustrie, die ihnen bereitwillig alle Insektizide und Fungizide liefert, die ein moderner Bauernhof so braucht. Weil Bäume, Büsche und Hecken fehlen,

kann der Wind ungehemmt über die Äcker fegen, und den wertvollen Löß davontragen und die Ackerkrume austrocknen. Platscht der Regen darauf, wird der Boden ausgewaschen und fortgespült, und in den Äckern bilden sich große Pfützen, weil das Wasser nicht mehr so gut versickern kann. Es kann nicht mehr so gut versickern, weil die großen Äcker mit übergroßen Maschinen bewirtschaftet werden, die durch ihr Gewicht den Boden verdichten.

Das alles ist für unsere Bauern aber kein großes Problem, denn wenn der Humus wegfliegt, der Boden erodiert und seine Fähigkeit, Wasser zu speichern, abnimmt, dann gleicht man das eben durch erhöhte Kunstdüngergaben aus, und wenn's im Sommer zu trocken wird, sprüht man eben Trinkwasser auf den Acker.

Das Trinkwasser löst dann den Kunstdünger und die Fungizide und die Insektizide und schleust diese Nitrate, Nitrite, Phosphate und die ganze Schädlingsbekämpfungskemie in die Bäche, Flüsse, Seen, ins Meer und ins Grundwasser. Danach wird es dann allerdings schwer, aus dem Grundwasser und aus Flüssen und Seen noch gutes Trinkwasser aufzubereiten. Der technische Aufwand, der dafür nötig ist, steigt, das Trinkwasser wird teurer, die Abwassergebühren steigen, und der Wasserpreis steigt noch einmal, wenn im Sommer immer mehr Felder bewässert werden müssen.

Daß Butter, Milch, Fleisch und Eier und auch Wein und Bier so billig sind, führt dazu, daß von allem zu viel gegessen und getrunken wird. Deshalb haben wir zu hohe Cholesterinwerte, zu viel Blutfett, zu viel Harnsäure und zu dicke Fettlebern, und deshalb leiden zu viele Menschen unter Rheuma, Zucker, Gicht und Herz- und Kreislaufkrankheiten.

Und weil unsere Landwirtschaft für die Erzeugung unserer Lebensmittel so viel Chemie und Pharmazie einsetzt, leiden so viele Menschen unter Allergien und Zivilisationskrankheiten. Deshalb steigen die Beiträge für die Krankenversicherungen und unser Gesundheitssystem ins Unermeßliche, deshalb steigen die Sozialabgaben und folglich die Arbeitskosten, die wiederum unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Und der ganze Unsinn wird auch noch von den Steuerzahlern der EU subventioniert. Die Hälfte des EU-Haushalts wird dazu benutzt, um dieses unsinnige System und dessen Lobby weiter durchzufüttern.

Für das Ei, das 20 Pfennig kostet, zahlen wir also einen hohen Preis. Die Billigware, die uns die durchökonomisierte Landwirtschaft liefert, ist

schlecht und in Wahrheit auch noch teuer. Das Prinzip „immer ökonomischer“ mündet in unökonomische Zustände. Wenn es gelänge, all die Folgekosten, welche die Produktion eines 20-Pfennig-Eis verursacht, zu errechnen und auf den Preis draufzuschlagen, würde das Ei vermutlich 50, 60 oder 80 Pfennig kosten.

So viel würde ein Ei auch kosten, wenn man die Hühner artgerecht halten und mit hochwertigem, gesunden Futter ernähren würde. Es gäbe nur einen Unterschied: Das Ei dieser Hühner wäre gesund, die Hühner müßten nicht leiden, und weil das Ei teuer wäre, würden weniger Eier gegessen, die Menschen wären gesünder, die Sozialabgaben könnten sinken. Und was fürs Ei gilt, gilt für alle unsere landwirtschaftlich erzeugten Lebensmittel. Das Ganze wäre wirklich ökonomisch und vernünftig, aber das geschieht nicht. Warum eigentlich nicht?

Wieso bedarf es überhaupt immer strengerer Kontrollen und Verbote? Wieso kann man den Erzeugern unserer Lebensmittel so wenig über den Weg trauen, daß man fast jedem Bauern, jedem Futtermittelhersteller und jedem Tierarzt einen Kontrolleur an die Seite stellen muss? Was läuft da schief?

Daß der Landwirtschaftsminister – egal, welcher Partei er angehört – sich selbst nicht als Anwalt der Verbraucher, sondern der Bauern betrachtet, damit fängt es an. Alle Minister werden per Eid auf das Gemeinwohl verpflichtet, aber die „Ernährungs“-Minister aller Staaten der EU arbeiten vor allem für das Wohl der Agrarlobby und der Bauern. Diese erwarten das auch ganz selbstverständlich von ihnen, und wehe, sie entsprechen nicht den Erwartungen, dann fehlen bei der nächsten Wahl jene zwei Prozent, die über Sieg oder Niederlage entscheiden können.

Nun kann man fragen: Wie kommen die Bauern, die eine schrumpfende Minderheit in unserem Land sind, zu solch einer starken Lobby? Die Antwort lautet: Weil diese Lobby nicht allein ist. Deren Interessen sind verkettenet mit den Interessen zahlreicher anderer Lobbys in der EU. Diejenigen, die so gerne die ökonomische Vernunft für sich reklamieren, geben nicht gern zu, daß die Chemieindustrie ausdrücklich kein Interesse an einer artgerechten Tierhaltung oder an einer ökologischen Bodenbewirtschaftung haben kann, auch die pharmazeutische Industrie hat daran kein Interesse. Die Pharmabranche hat – uneingestandenermaßen – nicht einmal an gesunden Menschen ein Interesse, eine hohe Volksgesundheit wäre für diese Branche

geschäftsschädigend. Auch die Banken, welche diese Industrie finanzieren, können an einer ökologischen, gesunden und vernünftigen Landwirtschaft kein Interesse haben. Die ganze Logistikindustrie, welche die Tiere tot oder lebendig weiträumig verteilt, hat daran ebenfalls kein Interesse, und die Interessen der Logistikbranche sind wiederum mit dem Interesse der Kfz-Industrie an einem möglichst hohen Absatz von LKWs verbunden.

Das heißt, wer immer mit seinem Interesse an einer möglichst hohen Volksgesundheit, an einem guten Tierschutz oder auch nur an einer schönen Landschaft den milliarden schweren, verketteten ökonomischen Interessen in die Quere kommt, der erleidet Schiffbruch. Deshalb meine These: Wo immer es zwischen der Verwirklichung verschiedener Interessen zum Konflikt kommt, hat das ökonomische Interesse Vorrang. Wo immer die Verwirklichung eines ethischen Werts – der Sonntag, die Umwelt, der Kinderschutz, Arbeitnehmerrechte, soziale Sicherheit, Solidarität – unökonomische Folgen produziert, steht der Wert zur Disposition, entsteht ein Zwang, auf seine Realisierung zu verzichten.

*

Dies ist nicht nur in der Landwirtschaft so, dies ist generell so, und deshalb möchte ich jetzt den Blick noch ein bißchen weiten auf das Ganze unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Das Panorama, das sich uns dann bietet, hat den Namen Globalisierung bekommen. Was ist das, die Globalisierung?

Es ist eine Entwicklung, die von einem Motor angetrieben wird, in dem zwei Zahnräder ineinander greifen: das eine Zahnrad ist die *Technik*, das andere Zahnrad ist die Politik der sogenannten *G7-Länder*, also der sieben führenden Wirtschaftsnationen.

Die Achse des Technik-Zahnrads ist das *Internet* und der *Computer*. Die Achse des Politikzahnrad ist der *Freihandel* und die *Liberalisierung des Weltmarktes*. Das Internet ist ein Haufen von einigen Millionen Computern, die über das Glasfasernetz weltweit miteinander verbunden sind. Die Glasfaser transportiert alles, was sich digitalisieren läßt: Vertragsentwürfe, Unternehmensdaten, Regierungs-Akten, Behördenkorrespondenz, rechtsgültige Unterschriften, chemische Formeln, Konstruktionspläne, Marketingkonzepte und immaterielle Waren wie Filme, Bücher, Musik, Dienstleistungen, Expertenwissen, Pornographie, Geld. Chirurgen können räumlich entfernte Patienten operieren, Manager räumlich entfernte Teams leiten, Ingenieure

räumlich entfernte Maschinen steuern. Computernetze machen die Welt tatsächlich zum globalen Dorf. Das weltweite Computernetz ist Ursache und zugleich Motor für jene Entwicklung, die wir Globalisierung nennen.

Glasfaserkabel sind Entfernungs-Entferner und Zeit-Überwinder, darin liegt ihre revolutionäre Funktion. Wenn die Übertragung einer Information von Europa nach Australien eine Zehntelsekunde dauert, dann liegt Australien nicht mehr am anderen Ende der Welt, sondern im Büro nebenan. Und dann sind Deutschland und Australien und alle übrigen Länder nicht mehr die Länder, die sie vor zehn oder fünfzehn Jahren waren.

Für die internationale Finanzwelt ist das globale Dorf bereits Wirklichkeit. Nachdem die Länder ihre Grenzen für den Geldverkehr geöffnet haben, können Börsenspekulanten kleinste Differenzen bei Renten-, Aktien- und Devisenkursen für sich ausnutzen. Das wäre früher wegen der räumlichen Entfernungen und der gegenseitigen Abschottung der nationalen Volkswirtschaften nicht möglich und juristisch problematisch gewesen. Die Finanzkonzerne und alle übrigen wirtschaftlichen Interessengruppen der westlichen Hemisphäre haben aber in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreich Druck gemacht, um die Abschottungen abzubauen und den Welthandel zu liberalisieren, um die Möglichkeiten der neuen Technik nutzen zu können.

Die global produzierenden Unternehmen ziehen jetzt nach und fordern den freien Fluß der Güter zwischen Ländern und Kontinenten. Auch hier ist es die neue Technik, die nach Aufhebung der Grenzen verlangt. Sie ermöglicht es, weltweit verstreute Unternehmensteile zentral zu steuern, und von dieser Möglichkeit wollen die Konzerne Gebrauch machen. Die Fusionen von Konzernen zu Mega-Konzernen, von Mega-Konzernen zu Giga-Konzernen, der „Globalisierung“ genannte Wandel in den Unternehmen und der Weltwirtschaft – dies alles hängt an der dünnen, unscheinbaren Glasfaser.

Was bedeutet das für den Einzelnen, die Gesellschaft und für die nächste Zukunft? Das bedeutet: Das Internet ist tatsächlich eine Job- und Wachstumsmaschine. Es entstehen neue Produkte, neue Dienstleistungen, man braucht Hardware, Software, Glasfasern und Personal. Zwar fallen an anderen Stellen auch zahlreiche Jobs weg, aber im Ganzen, so glaube ich inzwischen, wird der Saldo in den nächsten Jahren sogar positiv sein.

Das bedeutet zweitens: Arbeit wird aus den Unternehmen, aus Büro- und Produktionszentren, aus ganzen Stadtteilen und Branchen ausgelagert und verteilt, nicht überwiegend aus den Zentren in die Peripherie, sondern aus den Zentren in die ganze Welt. Das bedeutet, daß es in den Zentren bestimmte Jobs bald nicht mehr geben wird, einige werden zwar nur an die Peripherie verlagert, aber viele werden ganz auswandern.

Drittens werden sehr viele Jobs überhaupt nicht verlagert, sondern ganz aus der Welt verschwinden. Die neuen Jobs entstehen an anderen Orten, in anderen Branchen und unter anderen Bedingungen. Sie erfordern andere Qualifikationen, werden eher in Klein- und Kleinstbetrieben entstehen als in Konzernen, und schließlich werden viele der neu entstehenden Jobs nur von kurzer Dauer sein und durch noch neuere Jobs ersetzt werden, von denen nach einiger Zeit ebenfalls wieder ein Teil ersatzlos verschwinden wird. Viertens wird das Ergebnis dieser Entwicklung ein sehr, sehr großes Chaos sein. Die neuen Branchen werden unter Arbeitskräftemangel leiden, und in den alten Branchen herrscht Arbeitslosigkeit. Sehr viele Arbeitnehmer, Selbständige und Scheinselbständige in den neuen Branchen werden gegen die alltäglichen Risiken des Lebens – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter – nicht mehr ausreichend versichert sein, obwohl sie diese Sicherungen dringend bräuchten, denn mit ihrer Arbeitskraft konkurrieren sie nicht mehr mit ihresgleichen, sondern mit Programmierern in Indien, mit Facharbeitern in Taiwan, mit Hilfsarbeitern in Afrika, die von Europa oder den USA aus von kleinen Firmen geführt werden.

Fünftens bedeutet das Internet: Geldbesitzer haben heute dank der Informationstechnik und der weltweiten Liberalisierung der Finanzmärkte eine viel größere Auswahl an Geldanlagen als vor zehn oder 20 Jahren. Selbst Kleinanleger können heute mühelos ihr Ersparnis jenseits deutscher und auch europäischer Grenzen investieren. Dadurch wächst der Druck auf alle Manager dieser Welt, die Gewinne zu steigern und für langfristig steigende Dividenden zu sorgen. Unter dem Schlagwort Shareholder Value werden daher die Renditen der Unternehmen weltweit verglichen, und wenn diese zu niedrig ausfallen, wird dem betreffenden Unternehmen von den Anlegern das Geld entzogen und wird das Management gefeuert.

Das hatte in den letzten zehn Jahren fast überall auf der Welt die gleichen Folgen. Die Manager stellten sich vor ihre Belegschaft und sagten: Wir müssen die Rendite verdoppeln. Daher werden wir künftig auf die Hälfte

von euch verzichten, und der anderen Hälfte kürzen wir den Lohn. Am nächsten Tag stieg dann der Kurs der Aktie des betreffenden Unternehmens steil an – die Kurve der Arbeitslosenstatistik ebenfalls.

Immer wieder ist es also das Gespann aus Informationstechnik und liberalisiertem Welthandel, das unsere Wirklichkeit umpflügt. Es ermöglicht den schnellen, weltweiten Renditevergleich, es ermöglicht den schnellen Kauf und Verkauf von im Ausland gehandelten Wertpapieren, es ermöglicht rasche Geldverlagerungen um den ganzen Globus, rasches Reagieren auf sich verändernde Märkte oder Änderungen der politischen Großwetterlage, und es ermöglicht auch jene spektakulären Großfusionen, die uns während der letzten Jahre in Atem gehalten haben.

Wo immer dieses Gespann aus Informationstechnik und liberalisiertem Welthandel pflügt, scheidet es die Menschen in *Gewinner* und *Verlierer*. Dem weltweit agierenden Investor wurde mit der digitalen Technik eine neue Waffe in die Hand gegeben, und von dieser Waffe macht er Gebrauch, ohne groß darüber nachzudenken, was er damit anrichtet. Der Shareholder und der Investor sind ja nicht böse oder sadistisch. Sie sind ganz normale Menschen, die ihren Vorteil suchen, denen es eigentlich nur um den maximalen Ertrag ihres Kapitals geht, aber mit der Verfolgung dieses Ziels lösen sie eine Kaskade von Entscheidungen, Handlungen, Wirkungen und Nebenwirkungen aus, die für viele Arbeitnehmer böse Folgen haben.

Wegen dieser Folgen wirkt der Investor oder Shareholder wie ein Erpresser, der mit dem "Messer" der Informationstechnik am Hals des Arbeitnehmers diesem ins Ohr flüstert: Du, Ware Arbeitskraft, du bist mir zu teuer geworden. Waren, die zu teuer sind, sind Ladenhüter. Mach' dich also billiger, wenn ich dich kaufen soll. Und sei bitte auch ein bißchen flexibler und mobiler. Wenn du für mich noch interessant sein willst, dann mußt du bereit sein, wenn ich dich rufe, auch am Wochenende, in der Nacht und im Urlaub, auch an anderen Orten, weit weg von deiner Familie. Und wenn ich dich nicht mehr brauche, sollst du dich nicht beklagen, sondern warten, bis ich wieder rufe. Wenn du dich an mich verkaufen willst, dann akzeptiere bitte, daß ich dich überwache, daß ich messe, was du wirklich leistest und daß ich gelegentlich deine Telefonate abhöre und in deinen E-Mails lese. Und noch etwas: Es hat keinen Sinn, sich dagegen zu wehren. Waren wie dich finde ich überall auf der Welt.

Sechstens bedeutet das Internet: Die nationalen Volkswirtschaften dieser Welt stehen heute miteinander in einem harten Wettbewerb, und das haben die Politiker zu berücksichtigen. Da man heute dank des Internet weltweit verstreute Unternehmensteile zentral steuern kann, ist es prinzipiell egal, wo ein Konzern eine neue Fabrik oder ein neues Software- oder Dienstleistungsunternehmen baut. Der Konzern wird dorthin gehen, wo er die besten Bedingungen und die Aussicht auf die höchste Rendite vorfindet. Das Kapital ist mobil geworden.

Darum kann ein Investor demokratisch gewählten Parlamenten sagen: Wir werden erst wieder bei euch investieren, wenn ihr eure Wirtschaft so weit dereguliert wie in den USA. Also: weg mit eurem Kündigungsschutz, euren Tarifkartellen und eurer Konsenssoße zwischen Kapital und Arbeit, laßt Niedriglöhne zu, drückt das Arbeitslosengeld, schafft die Arbeitslosenhilfe ab und senkt die Sozialhilfe, zwingt die Sozialhilfe-Empfänger zur Arbeit, schafft den arbeitsfreien Sonntag ab, modernisiert euch zu einer 24-Stunden-Service-Gesellschaft, streicht auch das Bafög, verlangt Studiengebühren, privatisiert Schulen und Universitäten und zwingt die Leute, für ihre Alterssicherung in Aktien zu investieren. Ihr müßt auch eure strengen Umweltschutzgesetze überdenken, und so lange ihr nicht endlich die Unternehmenssteuern senkt, ist an Investitionen in eurem Land überhaupt nicht zu denken, denn andere Länder in Asien und Lateinamerika kommen uns da viel weiter entgegen als ihr. In anderen Ländern ist die Arbeit billig, die Stellung des Arbeitnehmers und der Gewerkschaften schwach, der Umweltschutz lasch und die Steuerbelastung niedrig. Deshalb investieren wir lieber in diesen Ländern als bei euch – das ökonomische Prinzip unterwirft sich die Politik, herrscht unumschränkt.

Ein für die Arbeitgeber dieser Welt sehr schöner Nebeneffekt dieser Entwicklung ist die Entmachtung der Gewerkschaften. Die schärfste Waffe der Gewerkschaften, der Streik, ist stumpf geworden in einer Welt, in der die Unternehmen, wie die Nomaden, Fabriken aufbauen und wieder abreißen und weiterziehen, wenn es ihnen an einem bestimmten Standort nicht mehr behagt.

Weil unter den Bedingungen der Globalisierung die Macht der Gewerkschaften schwindet und die Macht demokratisch gewählter Politiker erodiert, konnte Graf Lambsdorff schon vor fünf Jahren unwidersprochen sagen: „Die internationalen Investoren sind unsere Jury.“

Das heißt doch: Nicht mehr wir, die Wähler, haben darüber zu bestimmen, wie wir hier leben und arbeiten wollen, sondern die Jury der internationalen Investoren bestimmt das.

Diese Jury aber liebt Amerika. Sie stellt uns die USA unentwegt als wirtschaftspolitischen Wunderknaben vor und ruft Europas Politikern zu: Macht's doch auch endlich so, wie die Amerikaner. Also: Steuern runter, Sozialstaat weg, überhaupt weniger Staat, alles privatisieren, dazu mehr Mobilität und Flexibilität der Arbeitnehmer und weg von Flächentarifverträgen. Die Inflation konnte damit tatsächlich fast auf Null gedrückt, das wirtschaftliche Wachstum vor allem in Amerika und England deutlich angekurbelt werden, und der Staat hat keine Schulden mehr, sondern einen Überschuß. Was spricht also dagegen, es den Amerikanern gleichzutun?

*

Meine Antwort lautet: Von den Reagonomics haben vor allem die Vermögenden profitiert, sie sind durch diese Politik noch vermögender geworden. Die Habenichtse sind Habenichtse geblieben, und wer nur ein bißchen was hatte, hat heute weniger. Es war eine Umverteilung von unten nach oben. Der deutsche Diplomat Konrad Seitz hat in seinem Buch "Wettkampf ins 21. Jahrhundert"¹ geschrieben: In den USA gingen in den achtziger Jahren "sämtliche realen Lohnzuwächse bei den Löhnen der männlichen Erwerbstätigen an die obersten 20 Prozent. Das oberste Prozent allein kassierte 64 Prozent der Gehaltszuwächse. Blickt man auf die Einkommen, so fielen dem obersten Prozent gar 90 Prozent der Einkommensgewinne zu", und weiter schreibt er: "1973 hatten die Reallöhne für männliche Beschäftigte zum ersten Mal zu fallen begonnen. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre fielen sie in jeder Industrie- und für jede Ausbildungsgruppe. Beschäftigte mit Universitätsabschluß bildeten keine Ausnahme."

Das Einkommensgefälle vergrößere sich in den USA tendenziell stetig, heißt es in einer Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. "Die hohen Gehälter steigen, die Niedriglöhne gehen eher noch zurück. Qualifizierte Arbeitnehmer sind knapp, Billiglöhner machen sich dagegen Konkurrenz. Immer mehr Jobs bringen nicht genug ein, um ein menschenwürdiges Leben zu sichern."²

¹ zit. nach einem Vorabdruck in Capital 11/98, 179 ff.

² Süddeutsche Zeitung, 14.12.1998, Wirtschaft, "Backzutaten für den Arbeitsmarkt"

Meinhard Miegel, Institutsdirektor des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn, weiß aus Untersuchungen: "Viele Amerikaner – etwa die Hälfte – müssen heute länger und härter als vor 20 Jahren arbeiten und leben dennoch schlechter als damals. ... Nicht wenige Amerikaner erhalten heute für einen vollen Arbeitstag ein niedrigeres Einkommen als ein deutscher Sozialhilfeempfänger." Und der der US-Unternehmer Edward Luttwak schreibt in seinem Buch über die Globalisierung: Jedes fünfte amerikanische Kind wächst in Armut auf.

Mag sein, daß das so ist, gestehen die USA-Verherrlicher zu, wenn sie gerade milde gestimmt sind. Sie sagen dann aber um so bestimmter: Aber die Arbeitslosigkeit; die ist in den USA besiegt! Dort hat die neoliberale Politik ein Beschäftigungswunder erzielt, und übrigens auch in England, das auch viel weniger Arbeitslose hat als wir.

Darauf sage ich: In England ist in den vergangenen Jahren die Methode des Arbeitslosenzählens ungefähr ein Dutzend mal geändert worden. Und nach jeder Änderung hatte England, wie durch Zauberei, weniger Arbeitslose in seiner Statistik stehen.

Und in den USA wurzelt die niedrige Arbeitslosenrate in der Tatsache, daß die Hälfte der Arbeitslosen im Gefängnis sitzt und deshalb nicht mitgezählt wird; und die andere Hälfte fällt durchs Raster, weil in den USA die Arbeitslosen anders gezählt werden als bei uns. Dort gilt als beschäftigt, wer mindestens eine Stunde Arbeit pro Woche hat. Wenn wir unsere Arbeitslosen auch so zählen und die Hälfte von ihnen einsperren würden, hätten wir auch kein Arbeitslosenproblem mehr.

Natürlich werden die Arbeitslosen nicht eingesperrt, weil sie arbeitslos sind, sondern weil sie kriminell gewesen sind. Sie sind aber kriminell geworden, weil sie kein Arbeitslosengeld bekommen und ihnen daher kaum noch etwas anders übrigbleibt, als zu stehlen, einzubrechen, andere auszurauben oder mit Drogen zu dealen. Auf diese Weise kriminalisiert der Staat die Folgen seines Versagens. Insgesamt 5.000.000 Menschen sitzen in den USA hinter Gittern, warten auf ihr Verfahren oder stehen unter Bewährungsaufsicht, schreibt der US-Autor Luttwak. Nur in Russland gibt es noch mehr Gefangene als in den USA.

Die USA, so argumentieren die USA-Verherrlicher unverdrossen weiter, setzen auf die Eigenverantwortlichkeit und Freiheit des Einzelnen, darum

haben sie keinen teuren Sozial- und Wohlfahrtsstaat, und darum hat der Staat keine Schulden, sondern sogar einen Überschuss.

Doch interessant wäre, wieviel eigentlich in den USA die Gefängnisse und die Gefangenen kosten, wieviel Geld in den USA für private Sicherheitsdienste, Bodyguards, Videoüberwachung, Stacheldraht, hohe Mauern und Einbruch- und Diebstahlsicherungen ausgegeben wird. Diese Beträge würde ich gerne mal addieren und möchte dann wissen, um wieviel Prozent die Kriminalität in den USA zurückginge, wenn mit diesen Summen ein funktionierender Sozialstaat aufgebaut würde.

Und deshalb, meine ich, sollte nicht immer nur vorgerechnet werden, was der Sozialstaat kostet, sondern auch einmal aufgelistet werden, welche Lebensqualität wir dafür bekommen. Es ist ja schön, wenn wir weniger Steuern zahlen müssen. Aber wenn wir das Ersparte dann in Stacheldrähte, eingemauerte Grundstücke, Einbruchsicherungen, Überwachungskameras und Bodyguards investieren müssen, ist es für den, der die Steuern spart, ein Nullsummenspiel. Und für die vielen Chancenlosen, die der digitale Kapitalismus produziert, bedeutet die Abschaffung des Sozialstaats, ein Verliererleben führen zu müssen.

Eine Gesellschaft mit wenigen Siegern, vielen Verlierern und einem ständig vom Sozialabstieg bedrohten Mittelbau mutiert selber zu einer Verlierergesellschaft. Für fast alle wird die Lebensqualität sinken, wenn wir den Sozialstaat abschaffen.

Deshalb frage ich: Wollen wir das wirklich? Wollen wir wirklich Europa amerikanisieren? Das Internet pflügt die Welt um. Aber gepflügt wird, gepflügt werden soll und wo nicht und gepflügt werden soll, – das muß eigentlich von einer *demokratischen Öffentlichkeit* entschieden werden. Von ihr wird aber nichts entschieden, es wird nicht einmal diskutiert. Das Pflügen geschieht einfach, und zwar an unseren Interessen vorbei.

Und das muß aufhören. Wir müssen gemeinsam versuchen, den Pflug wieder in unsere Hände zu bekommen. Das ökonomische Prinzip muss in seine Schranken verwiesen werden!